

Prävention fördern statt Nachsorge

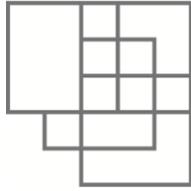
Der Deutsche Beamtenbund und Tarifunion Nordrhein-Westfalen (DBB NRW) begrüßt den heute verabschiedeten Antrag zu Weiterentwicklung und Entbürokratisierung des Beihilferechts in Nordrhein-Westfalen.

Vorsorge ist besser als Nachsorge – diese alte Weisheit soll nun auch Einzug in das Beihilferecht finden. Nachdem der DBB NRW immer wieder in Gesprächen mit den Fraktionen auf Änderungen beim Thema Beihilfe gedrängt hatte, sind diese nun in Form eines Antrags mit breiter Mehrheit im Plenum verabschiedeten worden. Konkret geht es darum, die Beihilfe in Nordrhein-Westfalen im Sinne der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger weiterzuentwickeln und zu entbürokratisieren.

Der DBB NRW begrüßt ausdrücklich, dass in dem Antrag die gesundheitliche Prävention und Beratung stärker in den Fokus gerückt wird: „Gute Vorsorge kann einen großen Beitrag zur Gesunderhaltung der Beschäftigten beitragen“, so **Roland Staude**. „Langfristig führt eine Investition in Vorsorge zu einer Reduzierung des Krankenstandes und somit auch zu einer Kostensenkung, besonders dann, wenn die Maßnahmen in ein Konzept des ganzheitlichen Gesundheitsmanagements eingebettet sind.“

Darüber hinaus begrüßt der DBB NRW auch die geplante Vereinfachung der bürokratischen Prozesse bei der Beihilfeabrechnung. Hier konnten in den vergangenen Jahren zwar bereits einige Verbesserungen erreicht werden, wie zum Beispiel durch die Einführung der Beihilfe App. Die Abrechnung der Beihilfe ist allerdings auch heute noch mit einem vergleichsweise hohen Bearbeitungsaufwand verbunden: „Ein Abbau von bürokratischen Hürden führt auf beiden Seiten zu Verbesserungen, bei den Beihilfeberechtigten selbst sowie auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die am Ende die Anträge bearbeiten müssen“, erklärt **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW. „Besonders vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist eine solche Reduzierung des Bearbeitungsaufwands wichtig und notwendig.“

Nach der Verabschiedung des Antrags erwartet der DBB NRW nun eine schnelle Umsetzung, insbesondere da andere Bundesländer ähnliche Ansätze bereits seit geraumer Zeit praktizieren.



DBB NRW

Beamtenbund und Tarifunion

Presseinformation

24.01.2019

Kontakt:

DBB NRW

Johanna Muschalik

0211/49 15 83-13 oder

0152/28 42 52 01

johanna.muschalik@dbb-nrw.de